Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. - Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. (einschl. 1.50 Mk. Zeitungsgebühr). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 70 Pfg., im Reklameteil (75 mm breit) 1.50 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 20 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 243 — Freitag, den 14. Oktober 1921. — 44. Jahrgang

Neustes vom Tage.

Oberschlesiens Schicksal und der Bestand der Reichsregierung hängen noch in der Schwebe.

Der preußische Landtag gab gestern eine entschiedene Erklärung für den unteilbaren Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland ab und debatterte dann über den Religions-Unterricht.

Oesterreich und Ungarn haben sich vorläufig in Rom auf eine Abstimmung über Oedenburg geeinigt.

Die kriegerische Spannung zwischen Amerika und Japan nimmt zu.

Die Krisis in der Reichspolitik!

Die schweren Stunden, die gegenwärtig das Reichskabinett und die augenblickliche Regierungskoalition durchmachen, treffen nicht nur diese beiden Faktoren, sondern sie wühlen am Fundamente unserer gesamten Reichspolitik.

Unter der Parole „Erfüllung", soweit sie überhaupt menschenmöglich ist, segelte das Kabinett Wirth. Niemand im In- und Ausland hat je bestreiten wollen oder können, daß tatsächlich von Regierungsseite alles unternommen worden ist, was geeignet schien, diesen Erfüllungswillen nicht nur zu bezeugen, sondern ihm zu bezeigen. Große Wirtschafts- wie Parteigruppen sind ohnehin schon lange der Auffassung, daß Deutschland bei diesen Bemühungen weit über die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit hinausgegangen sei, und daß es überhaupt ein Unding ist, auch nur den Versuch zur Erfüllung des Unmöglichen zu machen. Durch die fortdauernden Fehlschläge, die wir trotz allen guten Willens und trotz übermenschlicher Anstrengung erlitten haben, wird zweifellos diese Richtung erheblich gestärkt. Es hat aber immer diejenige Strömung Oberhand gewonnen, die der Meinung war, daß man durch die Tat die Unmöglichkeit und Unerfüllbarkeit der uns in Versailles und London auferlegten Lasten nachweisen müsse. Aus solchem Streben heraus sind auch dieser Tage zum Abschluß gekommene Wiesbadener Abmachungen zwischen Rathenau und Loucheur zu erklären, nach denen Deutschland für die nächsten 4½ Jahre über seine Bar-Verpflichtungen hinaus Sachlieferungen in Höhe von 7 Goldmilliarden bereitzustellen unternimmt. Auch das Angebot der deutschen Industrie, unterstützt durch die maßgebenden Kreise von Handel und Landwirtschaft, für die Devisen-Beschaffung des Reiches eine Kredithilfe zu leisten, ging auf dieselbe Tendenz zurück.

Es bedarf gar keines weiteren Nachweises dafür, daß alle diese mühsamen Vorbereitungen sofort in sich zusammenbrechen würden, wenn ihnen die oberschlesische Grundlage genommen wird. Leistungen und Verpflichtungen für etwas zu übernehmen, von dem man ganz bestimmt weiß, daß auch der Versuch ihrer Erfüllung von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, kann niemand verlangen und noch weniger erzwingen. Darum sind die Kreditverhandlungen, die in besten Flusse waren, bis auf weiteres vertagt worden. Und es ist bezeichnend für den Ernst der Situation, daß diejenigen Auslandskreise, die bereit waren, der deutschen Industrie Privat-Kredite zu gewähren dieser Devisenhilfe zur Verfügung zu stellen, bereits zu erkennen gegeben haben, daß sie von diesem Angebot im Falle einer ungünstigen oberschlesischen Entscheidung zurücktreten müßten. Das Kreditabkommen selber steht in seinen Grundzügen soweit fest, daß nur noch die Schluß-Verhandlungen nötig wären. In sie einzutreten, hat aber so lange keinen Sinn, als man nicht weiß, welchen wirtschaftlichen Rückhalt Deutschland künftighin hat. Damit fällt aber noch ein anderes zusammen: Der ganze Aufbau der Steuer- und Finanzpolitik, wie er für die nächste Zeit geplant war. Jeder Versuch, die Reichsfinanzen zu sanieren, wird von vornherein zum Scheitern verurteilt sein, wenn Deutschland ein so wichtiges Wirtschaftspolitisches Gebiet, wie es Oberschlesien darstellt, [illegible] wird.

Damit sind die ungeheuerlichen Schwierigkeiten nur angedeutet! Was aber soll nun werden? Die Reichspolitik steht in einer Krisis wie noch selten zuvor. Ein Verlust des oberschlesischen Industriegebietes wäre der herbste Schlag gegen das gegenwärtige Kabinett und seine parlamentarischen Koalition. Der Stoß ginge in das Herz, er könnte nicht verwunden werden. Mit ihm würde die ganze Reichspolitik in ihrer gegenwärtigen Tendenz getroffen. Die Folge wäre ein vollständiges Herumwerfen des Steuers. Aber wie soll das geschehen? Eine Regierung, nur aus den Rechtsparteien gebildet, würde dem leidenschaftlichsten Kampf der sozialistischen Parteien und ihrer Massen begegnen. Andererseits würde eine sozialistische Minderheitsregierung, noch dazu, wenn sie den Versuch machen wollte, trotz allem die Verpflichtungen zu erfüllen, sofort auf den äußersten entschlossenen Widerstand derjenigen Kreise stoßen, die das Objekt solcher Versuche abgeben sollen. Retten könnte uns nur eine politisch-parlamentarische Lösung, die es ermöglichte, die breiteste Basis von rechts bis links einer neu zu bildenden Regierung zu bieten. Es könnte sich dabei um eine Regierung des dauernden Protestes gegen den Versailler Vertrag handeln, um eine Regierung, die die Revision dieses Vertrages zum Hauptpunkte ihrer Politik macht. Allerdings wird auch eine solche Regierung die übernommenen Verpflichtungen abzutragen versuchen müssen. Und grade in dieser Notwendigkeit liegen wiederum die ungeheuerlichen Schwierigkeiten, die sich jeder politischen Betätigung der nächsten Zeit in den Weg stellen.

Noch ist zur Stunde keine volle Klarheit über die oberschlesische Entscheidung zu gewinnen. Infolgedessen sind auch endgültige Entschließungen der Reichsregierung noch nicht gefallen. So ernst und alle auf das tiefste bewegend die jetzigen Vorgänge auch sind, so dringlich ist die Mahnung, nicht die Ruhe zu verlieren und sich vor allem nicht durch Alarm-Nachrichten aus der Fassung bringen zu lassen. Die Regierung wird sich zu entscheiden haben, ob sie ohne weiteres mit der Erklärung abtritt, daß die oberschlesische Entscheidung ihr die Erfüllung ihrer politischen Ziele unmöglich macht, oder ob, wofür gewichtige Stimmen eintreten, die Volksvertretung in einer feierlichen Sitzung um ihre Stellungnahme befragt werden soll.

Im Uebrigen muß bemerkt werden, daß Deutschland eine Entscheidung hinsichtlich Oberschlesiens nicht ohne weiteres hinzunehmen braucht. Zwar stehen ihm Protest und Beschwerde nicht mehr zu, aber die deutsche Regierung könnte doch unter Hinweis auf die Unvereinbarkeit einer solchen Entschließung mit den Bestimmungen des Versailler Friedens-Vertrages verweisen und der Entscheidung, als nicht vertragsgemäß erfolgt, ihre Anerkennung und Annahme versagen. Nach Lage der Dinge freilich dürften wir auf solche Schritte nicht viel Hoffnung setzen. Aber die ganze Welt soll von unserer Entrüstung hören, und sie soll es erfahren, daß nicht nur die Kraft, sondern auch die Geduld eines gequälten Volkes ihr Ende haben.

Um Oberschlesien.

Die Entscheidung noch nicht übermittelt.

Berlin, 13. Okt. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die politische Lage wird durch die gestrige Veröffentlichung gekennzeichnet. Amtliche Mitteilungen über die Entscheidung des Völkerbundrates liegen noch immer nicht vor. Auch die nichtamtlichen sind immer noch widerspruchsvoll und unsicher. Wir wissen noch nicht mit voller Sicherheit, welche oberschlesischen Bezirke an Polen fallen sollen. Jedenfalls ist es außerordentlich wahrscheinlich geworden, daß

mit schmerzlichen Verlusten zu rechnen

ist. Die Tragweite dieser Verluste muß klar erkannt und eingehend geprüft werden. Die Regierung hat sich ihre Entscheidung in der

Frage des Rücktritts noch vorbehalten.

Sie wird diese Entscheidung nicht treffen, ohne daß eine tatsächliche Grundlage vorhanden ist, die eine Erklärung über die Frage der Neubildung der Regierung ermöglicht und einen Ausblick gestattet, in welcher Richtung eine Weiterführung der Politik zu erfolgen hat. Es wird **Sache der politischen Parteien** sein, sich darüber schlüssig zu werden. Für diese Stellung der Regierung war der Gedanke maßgebend, daß es in Zeiten größter Gefahr nicht zu verantworten wäre, das Reich ohne feste Leitung zu lassen.

Trotz den Erschütterungen, die diese Tage gebracht haben, ist der Blick über den heutigen Tag hinaus zurichten. Die weltwirtschaftliche Bedeutung des oberschlesischen Problems weist darauf hin, daß die weitere weltpolitische Entwickelung nicht vom machtpolitischen, sondern **vom wirtschaftlichen Standpunkt aus** beurteilt werden muß. Es wäre ein unermeßliches **Verhängnis**, wenn diese Entwicklung durch die Erschütterungen der letzten Tage zerstört würde. Die Geschichte der bisherigen Regierungskrisen hat die großen Gefahren gezeigt, welche rein im Drange des Augenblicks vollzogene Rücktritte mit sich bringen. Das Ministerium, das zurücktritt, hat seine ausreichende Aktionsfähigkeit mehr. Es wird notwendig sein, eine Aussprache über eine mögliche deutsche Politik stattfinden zu lassen. Der Zeitpunkt wird von dem Eintreffen der endgültigen Entscheidung abhängen.

Das Zusammenwirken aller politischen Kräfte und aller produktiven Faktoren unseres Volkes wird notwendig sein, um das Vaterland aus dieser Stunde der Not herauszuführen."

Gärung im oberschlesischen Volk.

Oppeln, 13. Okt. **Schwere Gefahren bedrohen den mühsam errungenen innerpolitischen Frieden in Oberschlesien. Es besteht Grund genug zu der Befürchtung, daß im Augenblick der Bekanntgabe einer Zerreißung Oberschlesiens der deutsch gesinnte Bevölkerungsteil die bisher mustergültig bewahrte**

Ruhe nicht bewahren

wird. Namentlich unter der deutsch gesinnten Arbeiterschaft der Industriestädte steigt die Erregung von Tag zu Tag. Man hat genug unter der polnischen Herrschaft der Mai- und Juniage gelitten und will

unter keinen Umständen unter das Joch Polens

kommen. Führende Personen der oberschlesischen Arbeiterbewegung haben bereits erklärt, daß sie die Massen nicht mehr in der Hand haben und sie zurückzuhalten kaum noch in der Lage sind.

Preußischer Landtag.

Berlin, 13. Okt. **Präsident Leinert** verliest vor Eintritt in die Tagesordnung namens der Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten ein.

Erklärung zur oberschlesischen Frage,

in der gesagt wird, daß der Teilungs-Vorschlag des Völkerbundsrats **gegen den Friedensvertrag verstoße**, der die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens der Bevölkerung selbst zuschreibt. Dieses hat mit großer Mehrheit sich dahin entschieden, daß das Land beim deutschen Volke verbleiben soll. Polen kann keinerlei Rechtsansprüche an Oberschlesien geltend machen. Trotzdem soll ein erheblicher Teil des oberschlesischen Industriegebiets an Polen übergehen. Obgleich Industrie, Handel und Gewerbe allein der deutschen Arbeit und auch der Arbeit der deutschen Gewerkschaften (Widerspruch und Unruhe auf der äußersten Linken) den Aufstieg zur geistigen und wirtschaftlichen Blüte verdanken, und sich alle Sachverständigen im Ausland für die Unteilbarkeit Oberschlesiens als grundbedeutende Voraussetzung des wirtschaftlichen Gedeihens ausgesprochen. Die Zerreißung dieses Landes in einen deutschen und in einen polnischen Teil **würde ein Gewaltakt sein**, der gegen den Willen der gesamten oberschlesischen Bevölkerung vorgenommen wird, und vernichtet damit zu gleicher Zeit den Grundsatz der **Selbstbestimmung der Völker**. Der oberschlesischen Bevölkerung gegenüber bekundet der Landtag die

untrennbare Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes

und drückt das Gelöbnis unwandelbarer Treue zur oberschlesischen Bevölkerung aus. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit; fortgesetzte Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Wir müssen die Ausführung der Lösung als eine

brutale Vergewaltigung des Volkswillens

empfinden. Wir müssen uns weigern, einen solchen Gewaltakt als Recht anzuerkennen. Der preußische Landtag erhebt feierlichst Einspruch gegen eine solche durch keinerlei Recht begründete Vergewaltigung der Oberschlesier und er weiß sich in diesem Protest vollkommen einig mit der erdrückenden Mehrheit des gesamten deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, große Unruhe und Zurufe auf der äußersten Linken.)

Hierauf wird die **Aussprache über die Anträge betr. den**

Religionsunterricht

in den Schulen fortgesetzt.

Abg. **Frau Tilling** (Deutschn.): Wir wollen die Einheitlichkeit des Volksschulwesens, nicht Zertrümmerung. Deshalb halten wir an den christlichen Schulen fest. Wir wollen, daß das Elternrecht geachtet wird, wir wollen, daß unsere Kinder auf Grund der Reichsverfassung im Sinne der Bekenntnis-Gemeinschaft erzogen werden.

Abg. **König** (Soz.) polemisiert besonders gegen das Zentrum. Wir fordern, sagte er, daß die Menschenliebe bis zur letzten Konsequenz kommt und auch das ganze Wirtschaftsleben durchdringt. Die gemeinschaftliche Grundlage der Schule für alle ist die Moral.

Abg. **Frau Wronka** (Ztr.) hält an der **Konfessionschule** fest und tritt für die **Privatschule** ein, die auf dem Gebiete der Erziehung auch neue Wege gewiesen hätte.

Abg. **Hoff** (Dem.) sieht in dem Entwurf des Reichschulgesetzes über die Bekenntnisschule einen **Verfassungsbruch**. Die in dem Reichschulgesetz-Entwurf enthaltenen Bestimmungen über das Aufsichtsrecht gehen weit über das erforderliche Maß hinaus, und die Ausführungen des Abgeordneten Wildermann über diesen Punkt beweisen, daß dies nicht das Ideal einer Schule sein kann.

Abg. **Schwartzhaupt** (Volksp.) hält an den Forderungen des konfessionellen Religionsunterrichts fest. Die Gemeinschaftsschule erscheine ihm nicht so ideal, wie sie hingestellt werde. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen glaube seine Partei die Privatschule nicht entbehren zu können.

Die Ueberweisung der Anfrage König und Genossen an den Unterrichtsausschuß wird abgelehnt, ebenso der Antrag Kunert über den Wegfall des Religions-Unterrichts. Der Antrag auf Unterstützung der Privatschulen geht an den Unterrichtsausschuß.

Es folgt die Anfrage der Deutschnationalen, der Demokraten und Sozialdemokraten über die Vorkommnisse auf der **Fürst-Bismarck-Schule in Charlottenburg**.

Abg. **Pfing** (Deutschn.) schildert die Tätigkeit der beiden Schulreformer Heinzius und Kawerau, die im Lehrerkollegium Unfrieden stifteten, was dazu geführt habe, daß der frühere Kultusminister trotz dem Einspruch der Eltern den Direktor Burg und mehrere Mitglieder des Lehrerkollegiums versetzt hat. Minister Hamich hat sich von der Clique der Schulreformer einwickeln und weiter treiben lassen, als er selbst wollte. (Stürmische Proteste bei den Sozialdemokraten. Lang anhaltendes Zischen.)

Es tritt Vertagung ein. Morgen: Kleinere Anfragen und Anträge, Weiterberatung.

Aus dem Reiche.

Ausgeliefert.

Der von der bayrischen Grenzpolizei verhaftete Arzt und Volkswirtschaftler Dr. **Schiele**, welcher wegen Teilnahme am Kapp-Putsch steckbrieflich verfolgt war, wurde auf Verlangen des Oberreichsanwalts vom Münchener Gerichtsgefängnis nach Leipzig übergeführt.

Ausland.

Oesterreich.

Zwischenurteil über Burgenland.

Im historischen roten Saale zu Rom, wo seinerzeit über den Dreibund verhandelt wurde, ermahnte Toretta die Vertreter Deutschösterreichs und Ungarns in entschlossener Form, daß er hier als Vermittler im Namen der Entente handele. Die Vermittlung gestaltete sich aber sehr schwierig, da Deutschösterreich in der Lage war, seine Verträge verteidigen zu müssen und Ungarn seine starke nationale Regierung ausspielte. Toretta forderte die Abstimmung über Oedenburg, auf welcher Grundlage schließlich eine **Einigung erfolgte**. Nachträglich fordert nun Ungarn ein Stück Burgenland südlich von Oedenburg.

Vereinigte Staaten.

Kriegsfanfare zur Friedenstagung.

Der neue amerikanische Gesandte in Rom sprach sich gegenüber Pressevertretern über die Konferenz von Washington aus. Der Gesandte bezeichnete es als ein Glück, daß die Initiative von einem Volke komme, das den Krieg nicht fürchte und ausreichende Quellen besitze, um jeden Krieg siegreich durchzuführen. Mit unverkennbarer Adresse an Japan fuhr der Gesandte fort, Amerika habe den Mut, jeden Krieg ganz zu schlagen.

Knox †.

Senator Knox ist infolge eines Schlaganfalles gestorben. Man nimmt an, daß infolge seines Ablebens sich die Inkraftsetzung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages etwas verzögern wird.

Stadtverordneten-Sitzung.

Gevelsberg, 13. Oktober.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete Stadtv. Steinweg das dringliche Ersuchen an die Stadtverwaltung, sogleich die zuständigen Regierungsstellen drahtlich aufzufordern, daß Maßnahmen getroffen werden, um eine weitere

Steigerung der Kartoffelpreise

zu verhindern unter Hinweis auf die ungesetzliche Handlungsweise einzelner Landräte, welche die Kartoffel-Ausfuhr für ihren Kreis sperren. Bürgerm. Müller erwiderte, daß die notwendigen Schritte bereits in diesem Sinne eingeleitet seien.

Stadtv. Friederizi ersucht die Verwaltung, auf die hiesige Lehrerschaft einzuwirken, daß das

Züchtigungsrecht in der Schule

nicht überschritten werde. In einzelnen Fällen hätten Knaben blutunterlaufene Striemen davon getragen. Bürgerm. Müller: Die Erfahrung habe gelehrt, daß bei derartigen Beschwerden Vorsicht zu üben ist. Den Lehrern soll Mäßigung in dieser Hinsicht nahe gelegt werden. Nicht zu billigen sei ein Fall Sukowski, in welchem ein Knabe unter Assistenz des Rektors Schöneberg verhauen worden sei, obgleich sein körperlicher Zustand ihn entlaste. Schulkinder müßten individuell behandelt werden. Verkehrt sei auch die vorgekommene moralische Zurücksetzung eines Kindes vor der ganzen Klasse. (Zuruf Schünke: Das ist die konfessionelle Schule!)

Stadtv. Schöneberg: Er wolle sich zum Fall Sukowski nur insoweit äußern, als dabei seine Person angezogen wurde. Die „Assistenz" habe lediglich darin bestanden, daß der betr. Lehrer ihn in das Nebenzimmer gebeten und sodann in seiner Anwesenheit dem Schüler drei Schläge auf das Gesäß erteilt habe. Vor dem zuständigen Schulausschuß werde er sich näher darüber auslassen.

Laienreden am Grabe.

Vors. Bürgerm. Müller teilte mit, daß er die ihm aufgetragene Verhandlung mit der evangelischen Kirchengemeinde betr. Zulassung von Ansprachen Nichtgeistlicher auf dem Friedhof schriftlich geführt habe. Auf demselben Wege wurde der Verwaltung ein Beschluß des evang. Aeltestenrats zugestellt, in welchem es u. a. heißt: Laienreden im Trauerhause seien erlaubt, aber am Grabe rechtlich nicht statthaft. Uebertretende Personen würden zum Verlassen des Friedhofs aufgefordert und im Widerstandsfalle wegen Hausfriedensbruchs verfolgt. Auch kurze Nachrufe wie zum Beispiel „Im Namen der Sozialdemokratie widmen wir diesen Kranz" gelten als verbotene Reden. — Trotz dieser Ablehnung hofft die Stadtverwaltung, daß durch persönliche Verhandlung ein Ausweg sich wird finden lassen.

Beig. Arndt: Angesichts dieser Schlage verlange ich ohne Rücksicht auf die Kosten die schnellste Anlage eines kommunalen (weltlichen) Friedhofs, damit die in Aussicht gestellten widerlichen Auftritte auf den Friedhöfen vermieden werden. Stadtv. Westerhoff: Das Gebaren der „Brüder in Christo" verrate nur den Aerger über die Fortschritte des Freidenkertums in Gevelsberg. Die christliche Toleranz habe dabei Schiffbruch gelitten. Stadtv. Wilhelmi: Wenn die Pastoren sich weigern, müßten sich die Arbeiter das Rederecht am Grabe einfach nehmen, weil sie mit zu den Kosten der Friedhöfe beitrügen.

Bürgerm. Müller teilt nunmehr den Eingang einer Entschließung des Beamten-Ausschusses mit, wonach der Personal-Abbau nur allmählich vorgenommen werden könne. Das liege auch, wie der Vorsitzende hierzu bemerkte, in der Absicht der Verwaltung.

Polizei-Oberwachtmeister Buchholz war beschuldigt worden, am Osterputsch beteiligte jugendliche Arbeiter bei der Vernehmung geschlagen zu haben. Die Verwaltung habe ihn deshalb aufgefordert, gegen den Vorwurf klagbar zu werden. Die Staatsanwaltschaft hat es nun aber abgelehnt, ein Verfahren gegen Gewerkschaftssekretär Oettinghaus einzuleiten, weil dieser als Reichstagsabgeordneter nur mit Genehmigung des Parlaments verfolgt werden kann und weil der Strafantrag zu spät (erst nach 3 Monaten) gestellt war.

Die Regierung lehnte es ab, eine völlige Umwahl des Schulausschusses zu genehmigen. Es muß also eine Ergänzungswahl stattfinden.

Anstelle der Stadt ist auf deren Anregung der hiesige Obst- und Gartenbau-Verein dem betr. westfälisch-lippischen Verbande beigetreten, während die Stadt für ihn den Jahresbeitrag von 30 Mark zahlt.

Kartoffel-Vorschüsse.

Auf Antrag werden den städtischen Beamten, Angestellten, Arbeitern und Notstandsarbeitern zus. 70 000, der Lehrerschaft 50 000 Mark Vorschuß für die Einkellerung von Kartoffel-Vorräten bewilligt. Als Versorgungsgrenze gelten 4,5 Ztr. je Kopf. Die Rückzahlung hat bis 1. April 1922 zu erfolgen. — Die neue Eingruppierung der Beamten in die Gehaltsklassen soll ab 1. Juli 21 gelten.

Für das Sprechzimmer des Stadtarztes.

In bisherigen Amtszimmer der Verwaltungs-Polizei (Rathaus 1. Stock), die nunmehr mit in der Baracke untergebracht ist, konnte das Stadtgesundheitsamt eingerichtet werden. Dazu sind aber etwa 10 000 Mark nötig (8685 Mark für Möbel und 1225 Mark für ärztliche Instrumente). Der Betrag wurde bewilligt.

Eine 4 Millionen-Anleihe.

Es handelt sich um den schon bei der Haushalts-Beratung festgestellten, vorzugsweise für Erwerbslosen-Fürsorge und Wohnungsbau benötigten Geldbedarf, der nicht erforderlich wäre, wenn das Reich die fälligen Einkommensteuer-Anteile rechtzeitig an die Stadt entrichtet hätte. Da unsere Sparkasse Mittel in dieser Höhe nicht flüssig hat, soll die Landesbank vorstrecken, deren Erträge mittelbar (durch geringeren Provinzial-Steuerbedarf) wieder den Gemeinden zugute kommen. Die Annahme erfolgte einstimmig.

Aufbesserung der Hilfsangestellten.

Infolge Erhöhung des Ausgleich-Zuschlags muß eine Erhöhung der Bezüge auch für die Bureau-Hilfskräfte eintreten. In Betracht kommen für Gevelsberg 3 Herren und 4 junge Damen. Der im Wesentlichen hinter dem Gehaltstarif des Privatgewerbes zurück bleibende Vorschlag der Stadtverwaltung war vom Geldausschuß abgelehnt worden. Stadtv. Emil Hedtstück beantragte nun, dem Ausschuß nicht zu folgen. — Versammlung stellte darauf gegen die Stimmen der Rechten den Tarif der Verwaltung wieder her.

Um eine Lehrstelle.

Der Geldausschuß empfiehlt, die Umwandlung einer Mittelschullehrerstelle an der höheren Mädchenschule in eine Stelle für einen wissenschaftlichen Lehrer zu vertagen und erst nach den Schulleiter um einen Bericht über die persönliche Eignung der betr. Lehrkraft zu ersuchen.

Stadtv. Friederizi: Die Angelegenheit habe den Ausschuß nun schon so oft beschäftigt, daß die Vollversammlung ohne Aufschub entscheiden könne. Stadtv. Dr. Hülsenbeck: Der Verwaltungsausschuß der Anstalt habe den Antrag zweimal abgelehnt und erst beim dritten Mal grade gegen die Stimmen des Schulleiters und der im Kuratorium sitzenden Lehrerin angenommen. Eine weitere wissenschaftliche Lehrstelle sei nach dem Schulplan nicht erforderlich. Sie könne nur eingerichtet werden, wenn eine besondere persönliche Eignung vorliege. Deshalb sei eine Vertagung zweckmäßig. Stadtv. Schlieper: Eine Verzögerung sei nicht nötig. Im übrigen sei der betreffende Herr seinerzeit unter Ablehnung anderweitiger Anstellungs-Möglichkeiten nach seiner Heimatstadt gekommen, weil ihm seitens der Anstalts-Leitung das Aufrücken in ein Studien-Amt angedeutet wurde. Stadtv. Friederizi: Rektor Kohlmann sei nur Mittelschullehrer und somit nicht befähigt, über die Eignung eines Akademikers zu urteilen. Bürgerm. Müller: Der Anstaltsleiter konnte über die Anstellung nichts versprechen und der in Frage kommende Lehrer mußte wissen, daß eine solche Befugnis nicht vorlag. Stadtv. Steinweg: Da gegen die Eignung des betr. Herrn für das höhere Lehramt Zweifel nicht bestehen, ist eine Vertagung nicht am Platz. Die Versammlung lehnte den Antrag des Schulausschusses ab, genehmigte die betr. höhere Lehrstelle in Anwendung auf ihren derzeitigen Inhaber und bewilligte die Mehrkosten für sie im Jahresbetrage von 6562 Mark ab 1. Okt. d. J.

Für Oppau.

Zugunsten der Opfer des Oppauer Explosions-Unglücks beschloß der Geld-Ausschuß eine städtische Spende von 3000 Mark. Da dieser Beschluß einstimmig war, braucht er durch die Vollversammlung nicht bestätigt zu werden.

Wertzuwachs-Steuerordnung.

Für Gevelsberg wird der bei Grundstücks-Verkäufen auftretende Wertzuwachs nach einer Gebühren-Ordnung besteuert, für die man sich einem allgemein gültigen bewährten Muster angeschlossen hat. Der Zuwachs wird die 50 Prozent erfaßt. Der Ertrag soll wesentlich dem Wohnungsbau zugute kommen. — Die von Stadtv. Schöneberg angeregte Klausel gegen eine Abwälzung der Steuer auf den Käufer ist rechtlich nicht zulässig (und wohl auch praktisch undurchführbar, Schriftl.) Beig. Buschhaus: Die Steuer wird wohl den Umsatz hemmen, ist aber gerecht. — Sie wird denn auch von den Stadtverordneten genehmigt.

Beihilfe für die Sanitätskolonne.

Die seit 26 Jahren in Gevelsberg segensreich wirkende Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz braucht 2800 Mark für neue Uniformen, ferner 2 Fahrtragen, Verbandstoff, Ausstattung für 6 Unfall-Meldestellen. Sie beantragt deshalb eine einmalige städtische Zuwendung von 3- bis 5000 Mark und angemessene Erhöhung des städtischen, bisher 300 Mark betragenden Jahresbeitrags. Der Geldausschuß empfiehlt einen Jahresbeitrag von 1000 Mark und eine einmalige Beihilfe von 4000 Mark. Stadtv. Friederizi ist einverstanden, erwartet aber für die Arbeiter-Samariter-Kolonne im Bedarfsfall ein ähnliches Entgegenkommen. Stadtv. Schlieper bedauert, daß in dieses menschenfreundliche Gebiet parteipolitische Gegensätze getragen werden. Bürgerm. Müller erklärt ein harmonisches Zusammenarbeiten der Kolonnen für wünschenswert und möglich. Die Vorlage selbst wurde angenommen.

Die religiösen Lernmittel.

Gegen die in einer früheren Stadtverordneten-Sitzung beschlossene Ausnahme des Religions-Unterrichts von der für Gevelsberg eingeführten Lernmittelfreiheit an den Volksschulen haben die evang. Kirchengemeinde und die katholische Eltern-Vereinigung einen förmlichen Antrag an das Stadtparlament auf restlose Anwendung der Lernmittelfreiheit gestellt. Außerdem richteten die kirchlichen Kreise eine Beschwerde an die Regierung, weil die einseitige Benachteiligung eines einzelnen Unterrichtsfachs verfassungswidrig sei.

Bürgerm. Müller: Eine Berufung auf die Reichsverfassung sei abwegig, solange noch keine Ausführungs-Vorschriften zum Reichsschulgesetz vorliegen. Bis dahin müsse über die vorliegende Frage im Rechtsweg entschieden werden. Auch sei die Stellungnahme der Aufsichtsbehörde abzuwarten.

Stadtv. Schünke beantragt, weil sich die grundsätzlichen Auffassungen der Parteien über diesen Punkt nicht geändert hätten, debattelos Uebergang zur Tagesordnung, bis eine Entscheidung der Aufsichtsbehörde vorliegt. Stadtv. Dr. Hülsenbeck: Die Minderheit habe über diese Angelegenheit eine Erklärung abzugeben, die nicht abgeschnitten werden sollte, um Klarheit zu schaffen. Bürgerm. Müller bittet, mit Rücksicht auf diese Erklärung den Vertagungs-Antrag zurück zu ziehen. Stadtv. Hallmann: Der Schulausschuß hat selbst beantragt, den unglücklichen Stadtverordneten-Beschluß vom 26. Juli aufzuheben. — Der aufrecht erhaltene Antrag Schünke wurde von der Linken angenommen.

Stadtv. Hallmann (zur Geschäftsordnung): Im Namen von über 3000 Erziehungsberechtigten betrachte ich diesen Beschluß als eine

dreiste Herausforderung.

90 Prozent aller Gevelsberger Schulkinder werden konfessionell unterrichtet. Was also den Religions-Unterricht anlangt, haben Sie (nach links gewandt) außerhalb dieses Saales jedenfalls nicht die Mehrheit. (Zuruf rechts: Auch hier wird es bald anders kommen!)

Stadtv. Dr. Hülsenbeck: Wir empfinden in dieser Niederknüttelung der parlamentarischen Redefreiheit eine arge Ungerechtigkeit. (Zurufe von links: So haben Sie es früher mit uns gemacht! — Wer die Macht hat, hat das Recht!) Nun wohl, dann müssen wir uns fragen,

ob wir künftig überhaupt weiter mit Ihnen arbeiten können!

Stadtv. Emil Hedtstück legte gegen den Vorwurf der Dreistigkeit Verwahrung ein.

Hierauf erfolgte die Abnahme einiger Jahresrechnungen aus 1919, darunter die der außerordentlichen Stadtkasse, die mit einigen durch Kriegsunterstützungen und Markt-Entwertung verursachten Ueberschreitungen belastet war.

Satzung für das Wohlfahrtsamt.

Für die Einrichtung des städtischen Wohlfahrtsamts liegt ein Ordnungs-Entwurf vor. Derselbe wird mit folgenden Aenderungen gutgeheißen: Laut Vorschläge der Stadtvv. Friederizi und Hülsenbeck soll der Neuabnahme des Stadtparlaments auch der Wohlfahrts-Ausschuß umgebildet werden. Stadtv. Dr. Hülsenbeck empfahl ferner, dem Stadtarzt ebenso wie dem Leiter des Wohlfahrtsamtes, der lt. Satzung zum stellvertr. Vorsitz (für den Bürgermeister) befugt sein solle, nicht nur beratende, sondern auch beschließende Stimme einzuräumen. Auf Antrag Friederizi und Flockenhaus wurde beiden Herren aber nur beratende Mitwirkung zuerkannt.

Zur Besoldung der Schutzmannschaft.

Die Polizeibeamtenschaft hatte beantragt, für die Erhöhung des Kleidergeldes und der Dienstaufwands-Entschädigung den Schweimer Tarif anzunehmen. Demgemäß befürwortete der Geldausschuß: Dienstaufwandsgeld 1000 Mark, Gefahrenzulage 400 Mark, Uniformzulage 300 Prozent, dafür aber die Reisekosten für kürzere Entfernungen sowie 2 Alterszulagen (statt 6 nur 4) fortfallen zu lassen, wobei sich die Polizeibeamten immer noch besser stehen als bisher. Die Versammlung stimmte zu.

Schankerlaubnis-Abgabe an den Kreis.

Die Kreisverwaltung in Schweim ersuchte die Stadt, von einer selbständigen Veranlagung zur Konzessionsteuer in Gevelsberg abzusehen und einer einheitlichen Kreisgabe beizustimmen, an der die Stadt verhältnismäßig beteiligt werden soll. Die Versammlung erklärte sich grundsätzlich einverstanden unter dem Vorbehalt Hülsenbeck, daß der Kreis auch den gesetzlich zulässigen höchsten Steuersatz erhebt. Ueber die Höhe des Gevelsberger Anteils (der Kreis hat 30 Prozent vorgeschlagen) soll noch ein Abkommen getroffen werden.

Das Ende der Krankenküche.

Der Bewilligungs-Ausschuß empfiehlt eine Auflösung der städtischen Krankenküche an der Mittelstraße, weil der Umfang ihrer Benutzung ihren Betrieb wirtschaftlich nicht mehr rechtfertigt. Der Stadtarzt stellte ferner fest, daß auch gesundheitlich in den meisten Fällen keine Notwendigkeit mehr vorliegt. In einzelnen Bedarfsfällen sollen stadtseitig Nahrungsmittel verabfolgt oder die Hilfe der Krankenhausküche in Anspruch genommen werden.

Der Vorsitzende gab dabei der Erwartung Ausdruck, daß begüterte Kreise wieder wie vor der Zwangswirtschaft auf diesem Gebiete hilfreiche Wohlfahrt pflegen. Der Betrieb soll am 1. Nov. eingestellt werden, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte.

Nochmals die Kran-Lokomotive.

Bürgerm. Müller: Die Firma Gebr. Dörken ist von ihrer Arbeiterschaft, die den Vorteil des Kranbetriebes schätzen lernte, gedrängt worden, erneut an die Stadtverordneten um Zulassung des Lokomotivkrans auf dem Anschlußgleis über die Hagener Straße einzukommen. Das Rangieren lasse sich auf die Stunden 7—8, 12½—2 und 5—6 Uhr beschränken.

Stadtv. Schünke schlägt Vertagung vor, um zuvor den Betriebsrat zu hören. Stadtv. Dr. Hülsenbeck empfiehlt, bis dahin die Benutzung widerruflich zu gestatten. Auch Stadtv. Steinweg erblickt in diesem Ausweg keine Gefahr. Beig. Buschhaus regt an, wenigstens die verkehrsstarke Mittagszeit vom Rangieren frei zu lassen. — Mit dieser Maßgabe wird eine einstweilige Genehmigung ausgesprochen.

Damit endete die öffentliche Sitzung.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 14. Oktober.

— **Die Stadtverordneten** haben gestern ein umfangreiches Beschlußwerk zustande gebracht und zwar zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen der Parteien Gelegenheit genommen. Auf einen Hilferuf gegen den Kartoffelmucher folgte als weitere Initiative eine Beschwerde gegen die Handhabung der körperlichen Schulstrafe. So wenig Lehrer unfehlbar sind, so muß doch auch auf der anderen Seite das mitunter bösartige Verhalten einzelner Schulkinder berücksichtigt werden, die den ganzen unterrichtlichen Betrieb gefährden können. Die vom Bürgermeister angedeutete peinliche Sachprüfung hat jedenfalls aller Urteilsbildung voraus zu gehen. Leidenschaftliche Meinungskämpfe in Kulturfragen entspannen sich über das Lotterredeverbot auf kirchlichen Friedhöfen sowie über die versagte Lernmittelfreiheit für den Religionsunterricht. In der Sache selbst werden hier schwerste Brücken zu finden sein, da es um Weltanschauungsfragen geht. In der parlamentarischen Behandlungsform fordert aber das Verhalten der Linken zum Widerspruch heraus. Grade wer seiner Sache sicher ist, sollte keine Vergewaltigung von Minderheiten begehen, deren Schutz auch im Völkerleben als edelste Blüte des Rechts gilt. Erklärungen gegnerischer Parteien zu dulden, ist ungefährlich. Sie zu ersticken, ist mitunter eine Torheit (wenn man vor der Wahl steht), jedenfalls im höchsten Sinne undemokratisch. Wenn die Losung „Macht ist Recht" oder — was das gleiche ist — „Macht geht vor Recht" Richtschnur der stadtparlamentarischen Linken werden würde, dann müßte sie allerdings das Bürgertum von der Mitwirkung auf dieser Plattform zurück ziehen. — Ein erfreuliches Maß sozialer Fürsorge wandten die Stadtväter unserer Beamtenschaft zu, denen Kartoffelzuschüsse und Zulagen verschiedener Art gewährt wurden, ohne daß damit eine wirtschaftliche Gleichstellung mit Privatangestellten in allen Stücken erreicht wäre. Die Schwierigkeiten der Deckung ergaben sich dabei auch aus der neuen Millionen-Anleihe, für deren Verbindlichkeiten so kleine Einnahmequellen wie eine Wertzuwachssteuer oder eine Schankerlaubnis-Abgabe kaum in die Wagschale fallen. Daß wir zwischen allen diesen Erfordernissen noch 3000 Mark für die Oppauer Opfer verfügbar haben, ist ein schöner Beleg für den hilfbereiten Gemeinsamkeitsgeist im deutschen Volk. Als erfreuliches Merkmal für die günstigere Gestaltung der Volksernährung stellt sich das Einschalten der städtischen Krankenküche dar, deren Kostkolt fast gänzlich in den Krankenfamilien selbst hergestellt werden kann. Zu begrüßen war am Ende noch die freundlichere Einstellung der stadtväterlichen Mehrheit gegen die Dörkensche Kranlokomotive, deren vorige Ablehnung wohl als Fehlspruch zu gelten hat. Von einer ästhetischen Entstellung der Hagener Straße, auf der sich doch wahrhaftig noch ganz andere Erscheinungen abspielen, war vernünftigerweise keine Rede mehr. Wir sind doch eine Industriestadt und haben das Fürchten verlernt.

— **Beseitigung der ersten Wagenklasse.** Bekanntlich wird gemeldet, daß für den Winterfahrplan der 1. Klasse auch aus den D-Zügen entfernt werden soll.

* **Hahlinghausen**, 13. Okt. (Das Wegegeld) an der Schelbuscher Straße wird durch eine Regierungs-Verfügung um das Zehnfache erhöht. Ferner wird für einsitzige Kraftfahrräder ohne Anhang ein Betrag von 50 Pfg. und von allen Kraftfahrrädern ein solcher von 1 Mk. erhoben.

Veranstaltungen.

Freitag, 14. Oktober.

Haus- und Grundbesitzer-Verein: Abs. 7½ Uhr Hauptversammlung bei Rosendahl.

Deutscher Jugendbund: Abs. 8 Uhr Lieder-Abend in der Gymnasial-Aula.

Tonbild-Theater: Abs. neues Programm.

Lichtspiel-Theater: Abs. 7½ Uhr neues Programm.

Westfalen und Rheinland.

* **Schwelm**, 13. Okt. (Der Straßenbahnbetrieb erlitt gestern nachmittag eine Störung. Auf der Brunnenstraße in der Nähe des Sportplatzes war die Oberleitung an einer schadhaften Stelle abgerissen und auf die Gleise gefallen. Der Verkehr konnte durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. Nach etwa drei Stunden war die Störung behoben. — Die hiesigen Transportarbeiter sind gestern in einen Teilstreik getreten, so daß die Paketwagen der Post gestern und heute nicht gefahren werden konnten.

* **Hagen**, 13. Okt. (Wilder Bahnwagen.) Ein beladener Güterwagen, der sich nachts während der Rangier-Bewegungen in Schalksmühle losgerissen hatte, durchraste talabwärts die Volmetalbahn bis Hagen-Delstern, wo er infolge einer ihm nicht zugesagten Weichenstellung zum Glück entgleiste. Die unglückliche Fahrt hätte bei besetzter Strecke leicht größere Folgen nach sich ziehen können.

* **Arnsberg**, 14. Okt. (Bahnunglück.) Gestern vormittag 6.30 Uhr stieß der Personenzug 3061 beim Haltezeichen „Lerne" auf der Strecke Altenhundem—Fredeburg infolge grober Fahrlässigkeit im Zug

felddienst mit einer leerfahrenden Lokomotive zusammen. Ein Heizer wurde getötet, andere Beamte wurden schwer verletzt. Die beiden Lokomotiven und zwei Personenwagen sind stark beschädigt. Der Betrieb wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Um 5.30 Uhr nachmittags war die Strecke wieder fahrbar.

Gerichtssaal.

Um ein Zollernkind.

Eine fünfstündige, dramatisch bewegte Verhandlung fand vor dem Landgericht Potsdam statt. Die Prinzessin Joachim von Preußen, die Gattin des verstorbenen jüngsten Kaisersohnes, verlangte von dem Prinzen Eitel Friedrich von Preußen die Herausgabe ihres einzigen Sohnes, Prinz Karl Franz Josef.

Die Ehe des Prinzen Joachim war unglücklich gewesen.

Die Prinzessin hatte das Haus des Prinzen verlassen und sich geweigert, zu ihm zurückzukehren. Eine Scheidung der Ehe war nicht zu umgehen. In dem Scheidungsurteil wurde kein Teil als überwiegend schuldig erklärt. Einige Tage nach dem Scheidungsurteil machte der Prinz, da er die Trennung von seiner Gattin nicht verwinden konnte,

seinem Leben ein Ende.

Da das Urteil zu dieser Zeit noch nicht rechtskräftig war, hatte die Prinzessin noch die Rechte einer Gattin des Prinzen. Nach dem Tode seines Bruders nahm Prinz Eitel Friedrich, dessen Ehe kinderlos ist, das Kind der Prinzessin an sich und berief sich darauf, daß ihm durch eine im Haus Doorn vollzogene Kabinettsorder des Königs die Erziehungsgewalt und Vormundschaft über das Kind übertragen worden sei. Als trotz wiederholtem Verlangen der Mutter der Prinz sich weigerte, das Kind herauszugeben, strengte die Mutter bei dem Landgericht Potsdam Klage auf Herausgabe des Kindes und Anerkennung ihres Mutterrechts an.

Nach siebentägiger Verhandlung verkündete das Gericht das Urteil dahin: Daß dem Prinzen durch einstweilige Verfügung aufgegeben wird, den Sohn der Prinzessin Joachim an diese herauszugeben und das Kind bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Rechtsstreits bei der Prinzessin zu belassen.

Turnen, Sport und Spiel.

Eine Bezirksvorturnerstunde

für Turner und Turnerinnen des 1. Bezirks Märk. Turngaues findet Sonntag nachmittag ½3 Uhr in der Turnhalle zu Gevelsberg statt. Zuchwartversammlung 5 Uhr im Gasthof „Zur Haufe".

Die Spiele um die Meisterschaft des Kreises 8a (Westfalen und Lippe) der Deutschen Turnerschaft finden Sonntag auf dem Platz des Allgem. Turn- und Spielvereins 1860 in Hagen statt. Vorm. 11 Uhr: Schlagball, Hagen 1860 gegen Arminia-Bielefeld. Nachm. 3 Uhr: Faustball, Tv. Gladbeck, Tv. Kirchen a. d. Sieg und Turn- u. Spielverein Gevelsberg. Danach: Schleuderball, Tv. Jahn-Paderborn und Jahn-Hamm.

Vermischtes.

Entgleisung.

Auf dem Bahnhof Bamberg entgleiste nachts ein gemischter Zug bei der Ausfahrt nach Lichtenfeld. Mehrere Personenwagen wurden eingedrückt. Drei Personen wurden getötet, acht verletzt.

Die Cholera in Königsberg.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Eine Nachricht vom Auftreten der Cholera in Königsberg bestätigt sich, doch ist kein Grund zur Beunruhigung vorhanden. Von den Königsberger Medizinalbehörden sind sofort alle Maßnahmen getroffen worden, um eine Weiterverbreitung der Seuche zu verhindern. Bisher wurden weitere Erkrankungen nicht bekannt.

Im Krater abgestürzt.

Mehreren schweizerischen Touristen ist in Neapel folgendes Abenteuer begegnet. Einer von ihnen namens Jungmann war mit zwei Führern in den Krater des Vesuvs hinabgeklettert und nahezu in der Tiefe angelangt, als sich ein Felsblock löste und der Tourist abstürzte. Der schwerverletzte Schweizer wurde sofort nach oben gebracht, bevor noch die periodisch wiederkehrenden Schwefeldämpfe seine Rettung unmöglich gemacht hatten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Waschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Willy Herkenrather, beide in Gevelsberg.

Das Zahnpulver „Nr. 23" reinigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen derselben bedeutend verbessert wird. Das beste Mittel zur Erhaltung schönen Zähne nach Zahnarzt Bahr.
Adler-Apotheke und Drogerie L. Bruchmann, Drogerie A. Schwermann, Mittelstraße 79.

Ratz
GEVELSBERG
Mittelstr. 3.
DAS SPEZIALHAUS
FÜR
HERREN-
BURSCHEN-
UND
KNABEN-
KLEIDUNG.



Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.
Heute abend ½9 Uhr:
Dankes-Versammlung
der Evangelisation für Frauen und junge Mädchen im Vereinshause.
Heute abend ½9 Uhr:
Gemeinschafts-Stunde
nur für Männer im Vereinshause.

Reparaturen
an
Nähmaschinen
werden sachgemäß ausgeführt von
Schlemmer & Kesper
Gevelsberg,
Hagener Str. 91. Tel. 962.



Zu haben bei:
GEBR. ROSENTHAL
GEVELSBERG.

Tonbild
Theater Mittelstr. 36.
Ab heute Freitag:
Wild-West-Indianer-Schlager:
Das Tal der Vergeltung.
5 Akte außergewöhnlicher Spannung.
LACHEN OHNE ENDE
Über die größte Schlagergroteske in 5 großen Akten:
Die Bergkatze.
Ein solcher Lacherfolg ist noch nicht dagewesen.
In der Hauptrolle: POLA NEGRI.

Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.)
Ortsgruppe Gevelsberg.
Literarisch-musik. Abend
im Saale des Hotels „Zur Haufe", Gevelsberg
am Samstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr
Gerd Friedmar Jansen:
Eigene Dichtungen.
Eintrittspreis: Vorverkauf Mk. 3.—, an der Kasse Mk. 4.—. Karten im Vorverkauf sind erhältlich in der Buchhandlung Strathmann, Zigarrengeschäft Gerhards, Nirgena und im Hotel „Zur Haufe".

Deutscher Eisenbahnerverband
Ortsgruppe Gevelsberg
feiert am Sonntag, 16. Okt. 1921
im Buschmann'schen Saale sein
3. Stiftungs-Fest
bestehend in
Konzert, Theater, humor. Vorträgen und Ball. Anschl. große Verlosung,
unter gütigster Mitwirkung der
Theatergesellschaft „Kölner Humor"
Tünnes Jannkerwagen.
Es gelangen zur Aufführung:
1. Schieber und Comp.,
Burleske in 1 Akt von Blenstein.
2. Detektiv Anton,
Burleske in 1 Akt von Blenstein.
Zur Verlosung gelangen wertvolle Gebrauchs- und Kunstgegenstände.
Musik: Streichorchester.
Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Karten im Vorverkauf 3.50 Mk., an der Kasse 4.— Mk., Los 2.— Mk., sind zu haben bei sämtlichen Mitgliedern, im Gewerkschaftshause und Festlokal.
Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.
Es ladet freundlichst ein
Der Festausschuß. Der Vorstand.

Junges
Dienstmädchen,
das schon in Stellung war, für den 15. 10. nach Hagen gesucht. Zu melden bei
Gebrüder Schleier,
Hochstraße 6.

Ein
Morgenmädchen
für die Stunden von 8—12 Uhr, für kleinen Haushalt (einzelne Dame) gesucht.
Vorzustellen bei
Frau Lulle Weber,
Gevelsberg, Körnerstr. 62.

Auf sofort oder später ein
tüchtiger
Werkzeug-schlosser
für Schneide-Werkzeuge und ein
jüngerer
Schlosser
gesucht.
Saure & Thun.

Wir suchen für sofort einen tüchtigen, selbständigen
Modell-schlosser,
welcher in der Lage ist nach Zeichnung zu arbeiten
Steiner & Co.,
Maschinenfabrik u. Eisengießerei
Dortmund.

Mehrere jüngere
Arbeiter
oder
Arbeiterinnen
für leichte Arbeit gesucht.
Wilh. Riehl & Söhne
Milspet Str. 130.

Tüchtiger
Automaten-steller
für sofort in dauernde Stellung gesucht.
Briefe unter F. N. 45 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein tüchtiger
Fuhrmann
sofort gesucht.
Gustav Spannemann,
Hasslinghausen.

Junge
für ganz leichte Beschäftigung gesucht.
Peter Schmidt,
Schulstraße.

Vernicklerin
wird sofort eingestellt.
Herm. Wiemann & Co.

Buchhandlung am Platze sucht per 1. November oder früher tüchtige
Kontoristin
Briefe unter W. 72 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein tüchtiges zuverlässiges
Mädchen
mit nur guten Zeugnissen für meinen Privathaushalt zum baldigen Eintritt gesucht.
Frau Helene Schmidtmann,
Barmen,
Fischertalerstraße 86.

Suche ein junges
Mädchen
für ganze od. halbe Tage.
Frau Ernst Löwen d. J.
Milspe, Schwarzer Weg 11.

Tüchtiges
Mädchen
auf ½ oder ganze Tage, welches zu Hause schlafen kann, zum 1. November gesucht. Sonntags frei.
Rechtsanwalt Hillmann.

Sauberes
Morgenmädchen
für sofort gesucht.
Frau Hans Schmidt,
Hagener Straße 90.

Suche für meinen Sohn mit gutem Schulzeugnis eine Stelle als Schlosserlehrling.
Briefe u. H. H. a. d. Geschst.

6 Monate alte
Dobermann-Hündin
wegen Platzmangel billig zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Homöopathie u. Naturheilverein
Gevelsberg.
Außerordentliche
General-Versammlung
Samstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Karl Buschmann.
Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend geboten, es darf niemand fehlen. Auch findet ein interessanter Vortrag statt.
Der Vorstand.

Mehrere
Milchschafe
u. Hammel
zu verkaufen. Schulte, Elberfelder Str. 34a.



Erhalte morgen Samstag eine Ladung großer und kleiner
Tafelschweine
gebe dieselben zu mäßigen Preisen ab.
Emil Höner,
Lindenstr. 7. Tel. [illegible]

Die Verlobung meiner Frl. Tochter Anna Finger nehme ich als annahme zurück.
Frau Rouzokat.

Sie finden bei uns in

hundertfacher Auswahl:

Damen- und Mädchenmäntel
Damen-Hüte
Herren-Ulster und -Paletots
Herren-Anzüge
Knaben-Paletots u. -Anzüge

Noch kaufen Sie bei uns gute Qualitäten außergewöhnlich billig.

Täglicher Eingang riesiger Warenmengen weit unter Tagespreis.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Gebrüder Rosenthal, Gevelsberg.

Das Haus der großen Warenmengen.

Statt Karten.

Emil Petig u. Frau
Elfriede geb. Taghaus
geben ihre Vermählung bekannt.

Gevelsberg, den 14. Oktober 1921.

Danksagung.

Für die in so überaus reichlichem Masse erwiesene Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben, unvergesslichen Luise danken wir allen.

Heinrich Schneider und Kinder.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Verstorbenen sagen wir allen unsern innigsten Dank.

Familie Alb. Hartung.

Ev. Männer- und Jünglingsverein, Gevelsberg.

64. Jahresfest

Sonntag, 6. November, Reformationsfest.

Festgottesdienst in der Kirche vorm. ½10 Uhr: Pastor Herkenrath-Barmen, Chorgesang.

Nachfeier im Saale des Vereinshauses nachm. ½4 Uhr. Festansprache: Pastor Herkenrath, Pastor Hohagen u. a., Chorgesänge, Musikvorträge.

Eintritt im Vorverk. Mk. 1.50, an der Kasse Mk. 2.—.

Die ganze Gemeinde wird herzlichst eingeladen.

Bürgerbund Gevelsberg.

Montag, den 17. Oktober 1921, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Ed. Rosenbahl, Mittelstraße:

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den Ausführungen des Herrn Polizei-Inspektors Bäcker im Sprechsaal der Nr. 237 der Gevelsberger Zeitung.
2. Stellungnahme zu einem evtl. Verkauf der Straßenbahn.
3. Verschiedenes.

Zu dieser wichtigen Versammlung laden wir unsere Mitglieder besonders dringend ein.

Der Vorstand.

Etagengeschäft Diesener Schwelm

empfiehlt in grosser Auswahl den täglichen Eingang

von **Herbst-Neuheiten** in

Damen-Mänteln
Kostümröcken
Blusen
Strick-Jacken

Durch frühzeitigen Einkauf denkbar billigste Preise.

Manufakturwaren-Etagenlager
Kaiser Friedrich-Platz 14. Nur I. Stock.

LT

Ab heute Freitag 7½ Uhr:
Der sensationellste und beste Film 1921:

Goliath Armstrong.

3. Teil. — 6 Akte.
Dieser Teil ist auch für jedermann verständlich.

Violette Napierska:

Die Kette der Schuld.

5 spannende Akte aus dem Hochgebirge.

Drucksachen liefert schnell, sauber u. billig Ph. Baltin, Mittelstraße.

Geschäfts-Uebernahme.

Mache die werte Kundschaft von Gevelsberg darauf aufmerksam, dass ich das Geschäft meiner verstorbenen Frau weiterführe, und bitte ich, dass meiner Frau geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen. Gute und saubere Bedienung wird versichert.

Albert Hartung
Friseur.

Margarine (stets frisch)	Pfund	12.70
Schweine-Kleinfleisch	„	6.80
Mettwurst (trocken)	„	17.—
Kunst-Speisefett	„	14.50
Palmin oder **Wizemann**	„	16.—
Tilsiter Käse	„	12.—
Malzgerste	„	3.80
Essig-Essenz (Flasche)		4.80
Oetkers Backpulver	10 Stück	4.80
Zwiebeln zum Einkellern, helle, feste Ware	10 Pfund	11.50

Rheinisches Kaufhaus
Mittelstraße 74.

Günstiges Angebot in Bettbarchent!

Durch frühzeitigen Einkauf kann ich noch verkaufen:

Prima Bettbarchent
echt rot und garantiert federdicht
160 cm breit per Meter **72.—** Mark
140 „ „ „ **64.—** „

Bettfedern und Daunen
in jeder Preislage.

Komplette Betten.

J. NESPER, Mittelstraße 2
(Mirgona).

Bevor Sie

Ihren Bedarf an Herren-, Burschen- u. Knaben-Garderobe decken,

überzeugen

Sie sich von unserem Angebot und unseren guten Qualitäten.

Sie kaufen bei uns bestimmt sehr vorteilhaft.

Lager-Besichtigung ohne Kaufzwang.

Fahrt wird vergütet. Fahrt wird vergütet.

Wuppert. Bekleidungs-Industrie,

Berliner Straße 29, Ecke Wilhelmstraße **Barmen** Berliner Straße 29, Ecke Wilhelmstraße.

Bahnstation Rittershausen, direkt am Wupperfelder Markt.

Beachten Sie meine 8 Schaufenster.

Prima neue Vollheringe	per Stück	1.00
„ **Sauerkraut** weiß	Pfd.	2.50
Schnittbohnen in 1 Pfd.-Dosen		3.75
Wizemann's Palmbutter		16.50
Weizenmehl Ia. 1 Pfd. 3.90	10 „	38.—
Seeligs Gerstenkaffee		3.70
Gebrannte Kaffees Pfd. 20.—	bis	36.—
Neue Giovanni-Haselnüsse		
„Luhns" braune Seife	Pfd.	4.50
Kernseife, Doppelstück	2.80, 3.—,	3.50
Hühnermais, Mais- und Gerstenfuttermehl		

empfiehlt

Ww. E. Schulte
Mittelstraße 72.

Pianos

liefert evtl. auch auf
Teilzahlung
Piano-Bau-Anstalt
Schäfer
Hagen, Goldbergstr. 13a.
Stimmungen, Reparaturen.
Telefon 3163.

Achtung! Brautleute!

Habe noch einige moderne **Schlafzimmer- und Kücheneinrichtungen** am Lager, gebe dieselben trotz des großen Preisaufschlages zu den bisherigen Preisen ab.

Hagener Str. 241 I.

Trotz Preissteigerung verkaufe, durch günstigen Abschluß u. direkten Bezug

Ia. fr. wohlschmeckende Margarine

in ½ Pfund-Stückchen **12⁵⁰** auch zu **13⁵⁰** und (**14⁵⁰** erstes Molkereibutter).

Bei Abnahme von 5 Pfd. billiger.

Herkenräder
Milspe Straße 99.

Sie finden bei mir stets in **großer Auswahl** zu billigen Preisen:

Getragene Anzüge, nur gut erhalten,
getrag. Ueberzieher moderne Passons,
getragene Hosen,
getragene Joppen aller Art,
getragene Damen-Garderoben.

Abteilung II.

Moderne, neue Anzüge, Schlüpfer, Covercoats, Paletots, Hosen, Joppen usw.

Infolge frühzeitigen Einkaufs sämtl. Waren halte ich mich bestens empfohlen.

Partiewarengeschäft
M. Seibert, Schwelm,
Ostenstrasse 19.
(Neben Abels Wirtschaft.)

Hund
zugelaufen.
Bremer, Zahnstraße 4